

27.01.2021

## Kleine Anfrage 4873

des Abgeordneten Frank Sundermann SPD

### **Tesla-Ansiedlung in Deutschland: Rolle der Landesregierung in der gescheiterten Bewerbung NRWs**

Die Entscheidung Teslas in Deutschland eine Gigafactory zu bauen, war ein Paukenschlag für die deutsche Automobilindustrie. Mit Tesla kommt einer der weltweit führenden E-Auto Hersteller nach Deutschland. Die deutschen Autokonzerne haben die Elektrisierung der Autobranche lange Zeit verschlafen und sind erst seit einigen Jahren dabei, diesen Rückstand aufzuholen. Insofern ist es ein deutliches Zeichen, dass sich Tesla entscheidet, im global führenden Automobilland Deutschland in unmittelbarer Nähe zu bedeutenden Wettbewerbern ein eigenes Werk zu errichten. Tesla kann dabei auf jahrzehntelange deutsche Erfahrung im Autobau setzen und Synergieeffekte mit anderen Autokonzernen nutzen.

Die Gigafactory Berlin-Brandenburg ist ein Gewinn für den Arbeitsmarkt der Region. Bei Vollauslastung rechnet man für das Werk mit bis zu 12.000 Beschäftigten. Elon Musk spricht von (inklusive möglicher Zulieferbetriebe) 40.000 Arbeitsplätzen. Die Ansiedlung ist für das Land Brandenburg ein großer wirtschaftlicher Erfolg. Neben Grünheide waren jedoch noch mehrere andere Standorte in Deutschland im Gespräch – unter anderem auch Grevenbroich-Neurath in NRW.

Nordrhein-Westfalen hätte von einer hiesigen Ansiedlung enorm profitiert. Dem Land entgehen mögliche Steuereinnahmen, Arbeitsplätze und Wachstum. Daher stellt sich nun die Frage, welche Faktoren schlussendlich entscheidend für die Investitionsentscheidung von Tesla waren und welche Versäumnisse seitens der Landesregierung möglicherweise vorliegen.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. In welcher Form hat die Landesregierung mit Tesla über eine mögliche Ansiedlung in NRW verhandelt?
2. Welche konkreten Anforderungen an einen Standort hat Tesla in diesen Treffen gestellt?
3. Inwiefern konnte die Landesregierung auf diese Forderungen eingehen (insbesondere in Hinblick auf die Geschwindigkeit des Bauvorhabens und der Versorgung der Fabrik mit erneuerbaren Energien)?

4. In welcher Form hat es eine Zusammenarbeit mit den betroffenen Gemeinden bzw. möglichen Fachexperten z.B. aus den Genehmigungsbehörden oder aus der Wissenschaft gegeben?
5. Welche empirischen Erkenntnisse hat die Landesregierung über die für Unternehmen relevanten Kriterien bei der Entscheidung sich an einem konkreten Standort anzusiedeln?

Frank Sundermann